

Geschäftsbericht
des
Deutschen
Gewerkschaftsbundes

Ortsausschuß Essen

AKP

3263

1 9 5 7 - 1 9 5 9



AK 0-11094



AKK 0-16094

*Die Gewerkschaftsbewegung
ist keine Interessenvereinigung.
Sie ist ein Bund.
Dieser ist stark durch die
gemeinsame Erkenntnis
und Überzeugung seiner Mitglieder.*

HANS BUCKLER

AKP- 3263



Einleitung

Der vorliegende Geschäftsbericht umfaßt die Tätigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Essen, in den Jahren 1957/58/59. Er ist aufgeteilt in folgende Ressorts:

Geschäftsführender Vorsitzender (Koll. Stephan)
Arbeits- und Sozialrecht (Koll. Bernhardt)
Bildungswesen (Koll. Georgi)
Jugendarbeit (Koll. Lemke)
Frauenarbeit (Kollegin Rudoll)
Angestellten- und Beamtenarbeit (Koll. Vorneweg)

Als dieser Geschäftsbericht abgeschlossen wurde, hatte sich auch in Essen zum zehnten Male der Tag geñährt, an dem die Gründung des DGB stattfand. Ein Jahrzehnt mit unermüdlicher und selbstloser Arbeit der vielen Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre. Ohne ihren ständigen Einsatz und ihr Ringen nach Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft wären die vielen Erfolge nicht erzielt worden. Ihnen allen an dieser Stelle Dank zu sagen, ist uns eine selbstverständliche Pflicht. Aber auch die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften wollen wir in diesen Dank einschließen, denn ohne ihre solidarische Unterstützung wäre auch der DGB-Ortsausschuß Essen nicht in der Lage gewesen, seine Aufgaben in dem Umfange zu erfüllen, wie dies geschehen ist.

Es bleibt noch viel zu tun, denn gerade die Kohlenkrise im letzten Jahr hat uns erneut bewiesen, daß von einer Existenzsicherung der Arbeitnehmer noch nicht gesprochen werden kann. So wollen wir alle, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter, ob Kollegin oder Kollege, auch weiterhin gemeinsam unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen vertreten und damit unseren Teil dazu beitragen, die Zukunft in unserem Sinne zu gestalten.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Essen

gez.: G. Stephan.

Geschäftsführender Vorsitzender

A) Organisation

Der Ortsausschuß-Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

Günter Stephan	Vorsitzender
Karl Elsenheimer	IG Bau - Steine - Erden
Karl Bergmann	IG Bergbau
Hermann Drescher	IG Chemie - Papier - Keramik
Helmut Karnath	IG Druck und Papier
Fritz Liedtmeyer	Gew. der Eisenbahner Deutschlands
Georg Gampig	Gew. Erziehung und Wissenschaft
Alfred Steinkopf	Gew. Handel - Banken - Versicherungen
Fritz Pessel	Gew. Holz
Alfred Wieseemann	Gew. Kunst
Wilhelm Breideneich	IG Metall
Franz Mickinn	Gew. Nahrung - Genuß - Gaststätten
Max Lange	Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Karl Buchholz	Deutsche Postgewerkschaft
Bernhard Strötgen	Gew. Textil - Bekleidung
Marlene Schuchert	Frauen
Theo Ganteführ	Angestellte
Eberhard Wolff	Beamte
Manfred Albus	Jugend

Im Laufe der Jahre 1957 bis 1959 mußten durch Berufswechsel, Wohnungswechsel u. ä. verschiedene Ergänzungen vorgenommen werden. So gehörten u. a. dem Ortsausschuß-Vorstand in der Zwischenzeit an:

Kollege Horst Katzor	für die Abt. Beamte
Kollege Reinhard Gork	für die Abt. Jugend

Der Vorstand tagte im Jahre 1957 . . .	12mal
1958 . . .	11mal
1959 . . .	8mal

Delegiertenkonferenzen wurden 3 durchgeführt.

Da der Kollege Wilhelm Backes als geschäftsführender Vorsitzender mit dem 31. März 1958 ausschied, wurde in der Delegiertenkonferenz am 16. Dezember 1957 der Kollege Günter Stephan aus Neuwied als neuer geschäftsführender Vorsitzender gewählt. Weitere personelle Veränderungen ergaben sich im Ortsausschuß Essen, indem für den zum Ortsausschuß Dortmund versetzten Jugendsekretär Bernd Senft am 15. November 1959 der Kollege Horst Lemke eingestellt wurde. — Für die Frauenarbeit wurde die Kollegin Grete Rudoll als Frauensekretärin von Düsseldorf nach Essen versetzt. — Zur Ausbildung im Rechtsschutzsekretariat wurden im Berichtszeitraum Kurt Espe und Klaus Felgentreff, der heute noch in Essen seinen Dienst versieht, eingesetzt. — Zur durchlaufenden Ausbildung als

Organisationssekretär wurde der Kollege Daniel für kurze Zeit vom Landesbezirk zum Ortsausschuß Essen beordert.

Die Mitgliederentwicklung in den Jahren 1957/58/59 zeigte folgendes Bild:

	Mitgliederstand am 30. Sept. 1957		Mitgliederstand am 30. Sept. 1958		Mitgliederstand am 30. Sept. 1959	
	m	w	m	w	m	w
Arbeiter	89 257	8 231	90 709	8 884	87 481	8 707
Angestellte	9 709	5 407	9 824	5 642	9 829	5 596
Beamte	4 131	403	4 355	411	4 628	443
Gesamt:	117 138		119 825		116 694	

In den Jahren 1957/58/59 wurden in Essen auf dem Burgplatz jeweils Maikundgebungen veranstaltet. Im Jahre 1957 sprach der Koll. Karl Bergmann, MdB, Geschäftsführer der IG Bergbau, Geschäftsstelle Essen, im Jahre 1958 der neu gewählte geschäftsführende Vorsitzende des DGB-Ortsausschusses Essen, Kollege Günter Stephan, im Jahre 1959 der Landesbezirksvorsitzende des DGB Nordrhein-Westfalen, Kollege Willi Haferkamp. Auf dem Sektor der Maifeiern erscheint eine weitere Aktivierung und eine modernere Gestaltung für die Zukunft sehr notwendig zu sein. Bei der letzten Veranstaltung wirkte das Essener Polizei-Musikkorps mit. — In den Jahren 1957 und 1959 fanden die Maifeiern für den Ortsteil Karnap in Horst in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß Gelsenkirchen statt, während im Jahre 1958 diese Feier durch den Ortsausschuß Essen ausgerichtet wurde. Es sprach Kollege Karl Bergmann.

Ein besonderes Kapitel möchten wir der Zusammenarbeit mit den am Ort vertretenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften widmen. Die Zusammenarbeit kann als sehr gut bezeichnet werden. Der DGB hatte bei allen Veranstaltungen — ob es sich dabei um Delegiertenkonferenzen oder Jubilarehrungen handelte — Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. — Besonders dankbar waren wir, daß uns die Möglichkeit gegeben wurde, auch in einer Reihe von Betriebsversammlungen Referate zu übernehmen, wie überhaupt festgestellt werden muß, daß der Kontakt des DGB zu den Betriebsräten der größeren Essener Betriebe im Berichtszeitraum ein ausgezeichneter war. Nur durch diese Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften war es dem DGB möglich, nicht nur seine Aufgaben zu erfüllen, sondern darüber hinaus — z. B. bei Betriebsratswahlen — koordinierend tätig zu werden.

Der DGB-Ortsausschuß Essen arbeitet in einer Anzahl weiterer Organisationen aktiv mit, wobei vor allem das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ zu nennen ist. Wir gaben den Veranstaltungen zum 17. Juni jeweils unsere Unterstützung. — Gleichfalls arbeiten wir in dem Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ mit.

Zu Stadtrat und Stadtverwaltung kann ein sehr positives Verhältnis festgestellt werden, das sich im Berichtszeitraum noch ständig verbesserte. Dies kommt z. B. dadurch zum Ausdruck, daß der Oberbürgermeister am Donnerstag, dem 19. No-

vember d. J., für eine Delegation ausländischer Gewerkschaftskollegen und einen Teil des Essener DGB-Vorstandes einen Empfang gab.

Auch zur Polizei konnten wir einen guten Kontakt unterhalten, wobei wir ihr für die Unterstützung bei den Maifeiern unseren besonderen Dank sagen.

Der Essener Lokalpresse sei in diesem Zusammenhang ein Dankeswort gesagt, da sie stets versuchte, unsere Belange objektiv darzustellen und unseren Anliegen Interesse entgegenzubringen.

Mit den genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Unternehmungen — wie Alte Volksfürsorge, Bank für Gemeinwirtschaft, Konsumgenossenschaft — bestanden auch im Berichtszeitraum herzliche Verbindungen.

Mit der IHK kamen wir in noch nähere Berührung, da unsere Kollegen paritätisch im Berufsaussbildungsausschuß mitarbeiten. Nach § 8 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 in Verbindung mit § 5 des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Lande NRW vom 23. Juli 1957 wurde dieser Ausschuß bei der IHK Essen gebildet und setzt sich aus 20 Arbeitgeber- und 20 Arbeitnehmervertretern zusammen.

Mit den Abgeordneten des Bundestages und Landtages konnten einige fruchtbringende Gespräche geführt werden, so u. a. über das Jugendarbeitsschutzgesetz und den Hausarbeitstag.

Am 29. Juni 1959 wurde das neue Jugendheim in Karnap eingeweiht. Es erhielt den Namen des verstorbenen Arbeitsdirektors der Mathias-Sünnes AG, Karl Matulk. Damit konnte für unsere Jugend im Essener Norden endlich eine bleibende Heimstätte geschaffen werden.

Das Berufsbildungswerk des DGB in Essen konnte sich im Berichtszeitraum sehr gut entwickeln. Neben den Abendkursen wurde nun auch eine Anzahl von Tagesklassen eingerichtet.

Eine starke Belastung besteht für den DGB-Ortsausschuß Essen dadurch, daß von der Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft, Düsseldorf, die gesamte Hausverwaltung dem Ortsausschuß obliegt!

Kassenbericht

Zur Kassenlage ist festzustellen, daß im Laufe der Jahre 1958/59 durch den Landesbezirk Etatkürzungen vorgenommen wurden, jedoch konnte ein Teil der Beträge in Verhandlungen wieder für den Ortsausschuß Essen zurückgewonnen werden. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß der Etat für eine fruchtbringende Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit keinen Spielraum enthält. Dies ist jedoch nicht nur beim Ortsausschuß Essen, sondern bei allen Orts- und Kreisausschüssen der Fall. — Besondere Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Unterhaltung von Jugendheimen (innerhalb des Ortsausschusses Essen: 2), da für diesen Zweck keine besonderen Mittel zur Verfügung gestellt werden und die laufende Unterhaltung von uns beträchtliche Beträge erfordert.

B. Wirtschaft

Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei

Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer ist um 39 zurückgegangen und betrug am 30. September 1959 956. Im Gegensatz hierzu ist die Zahl der in den Gärtnereien beschäftigten Arbeitnehmer um 230 auf 1742 gestiegen.

Bergbau

Nach 1945 erreichten die Beschäftigtenzahlen im Bergbau am 30. September 1957 bei den Männern mit 57 709 Arbeitnehmern ihren höchsten Stand. Die Abnahme bis zum 30. September 1959 um 6280 steht im Zusammenhang damit, daß der Bergbau seit Beginn der Kohlenkrise Ende 1957/Anfang 1958 den üblichen Abgang nicht mehr in vollem Umfang durch Neueinstellungen ersetzte.

Mitten im Winter 1957/58 begannen in der Bundesrepublik die Kohlen- und Koks-halden zu wachsen. Am 31. Januar 1958 lagen im Bundesgebiet bereits 1 Mill. t auf Halden. Die Gründe für den Kohlenüberfluß lagen zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich bei den hohen Einfuhren amerikanischer Kohle, deren Zufuhren durch die billigen Frachtraten auf dem Atlantik begünstigt wurden. Hinzu kam noch die starke Hinwendung der Energieverbraucher zum Heizöl.

Ende Februar 1958 wurden an 3 Essener Zechen die ersten Feierschichten verfahren.

Nachdem die westdeutsche Stahlindustrie im II. Quartal dazu überging, die Produktion der gedrückten Marktlage anzupassen, wuchsen die Halden ziemlich schnell und erreichten Ende Juni 1958 bereits eine Gesamthöhe von 8 Mill. t. Die bei den Verbrauchern lagernden Bestände wurden zur gleichen Zeit auf 11 Mill. t geschätzt. Im Herbst 1958 setzte sich bei den Bergbauunternehmern die Ansicht durch, daß eine Bereinigung des Marktes ohne Einschränkung der Förderung nicht möglich sei. Man war jetzt bestrebt, die Einfuhr von Kohle zu drosseln und die Konkurrenz des Heizöls einzuschränken. Die über ein Kontingent von 5 Mill. t jährlich hinausgehenden Kohleneinfuhren wurden je t mit 20,— DM Zoll belegt. Zwischen den Unternehmen des Bergbaus und der Mineralölwirtschaft wurde ein Kartellvertrag abgeschlossen. All diese Maßnahmen vermochten die Absatzkrise nicht zu beheben.

Die Erkenntnis, daß nur durch eine Einschränkung ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage erreicht werden konnte, hat mit dazu beigetragen, daß zwischen den Tarifpartnern ab 1. Mai 1959 die Einführung der Fünftagewoche im Bergbau vereinbart wurde. In den letzten Monaten hat sich das Wachstum der Kohlenhalden etwas verlangsamt, sie betragen zur Zeit etwa 17 Mill. t.

Die größten Schwierigkeiten für den Bergbau ergeben sich zur Zeit aus dem weiteren starken Vordringen des Heizöls. Beunruhigend ist für den Bergbau, daß sich das Tempo im Vordringen des Heizöls durch den starken Ausbau der Raffineriekapazitäten noch verstärken wird. Damit wächst zugleich die Gefahr weiterer Stilllegungen.

Um soziale Härten zu vermeiden, ist geplant, den freigesetzten Bergarbeitern Übergangs- und Wiedereingliederungsbeihilfen zu gewähren. Daneben hat die IG Bergbau vorgeschlagen, das Invalidisierungsalter der Bergarbeiter unter Tage von 60

auf 55 Jahre herabzusetzen. Im Essener Raum sind außer der Stilllegung der Zeche Christian Levin weitere Stilllegungen nicht zu erwarten.

Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung

Nach den Jahren einer starken Expansion hatte die Zahl der Beschäftigten am 30. September 1958 gegenüber dem 30. September 1957 nur um insgesamt 102 Arbeitnehmer zugenommen. Dieses geringe Wachstum ist auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, in der sich die Eisen- und Stahlindustrie befand. Bei der engen Verflechtung der metallverarbeitenden Betriebe mit der Eisen- und Stahlindustrie waren diese Schwierigkeiten auch in den Essener Betrieben zu spüren.

Die im Herbst 1958 dann wieder einsetzende Belebung in der Stahlindustrie und die größeren Auftragseingänge, vor allem aus der Investitionsgüterindustrie hat die Zahl der Beschäftigten vom 30. September 1958 bis 30. September 1959 wieder stärker ansteigen lassen (+ 1435). Die Aufwärtsentwicklung wäre noch stärker gewesen, wenn nicht der immer größer werdende Mangel an Facharbeitern die Aufstockung der Belegschaften in den Betrieben erschwert hätte.

Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)

Die Beschäftigtenzahlen in dieser Wirtschaftsabteilung sind fast konstant geblieben. Die Beschäftigungslage war in den vergangenen Jahren in allen Bereichen gleichmäßig gut. Lediglich im II. und III. Quartal 1958 hatten die Textil- und Bekleidungsindustrie unter Auftragsmangel zu leiden. Diese Schwierigkeiten wurden hervorgerufen durch den Wettbewerbsdruck des Auslandes und Änderungen in der Struktur der Verbrauchernachfrage.

Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Nach den Jahren des stürmischen Wachstums sind die Beschäftigungszahlen von 1956 an fast konstant geblieben, obwohl das Bauvolumen weiter zugenommen hat. Der ständig wachsende Maschinenpark der Hoch- und Tiefbaubetriebe hat dazu geführt, daß die Kräfteanforderungen für Hilfsarbeiter zurückgegangen sind, während Baufacharbeiter in immer größerem Umfange gesucht werden. Bei dieser Entwicklung dürften unter den Beschäftigten die Hilfsarbeiter eine Abnahme und die Baufacharbeiter eine Zunahme erfahren haben.

Handel, Geld- und Versicherungswesen

Zur Zeit ist jeder 6. Arbeitnehmer in Essen in dieser Wirtschaftsgruppe beschäftigt. Absolut und relativ war hier die größte Zunahme zu verzeichnen.

30. September 1958 + 1714 30. September 1959 + 2591 Arbeitnehmer.

Dienstleistungen

In dieser Wirtschaftsabteilung überwiegt bei weitem die Frauenarbeit. Die Beschäftigtenzahlen haben in allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme des Wirtschaftszweiges „Häusliche Dienste“ eine geringe Zunahme erfahren. In dem Wirtschaftszweig „Häusliche Dienste“ ging die Beschäftigtenzahl um 597 zurück.

Verkehrswesen

Die Zunahme in dieser Wirtschaftsabteilung ist erheblich hinter den anderen Wirtschaftsabteilungen zurückgeblieben. Die größte absolute und relative Zunahme in dieser Wirtschaftsabteilung hatte der Wirtschaftszweig „Schienenbahn, Kraftfahr- und Fuhrgewerbe“ zu verzeichnen. Getragen wurde diese Ausweitung vor allem von dem größeren Güteraufkommen und von der Verdichtung des Verkehrsnetzes der Essener Verkehrs-AG.

Während die Bundespost ihren Beschäftigungsstand um 202 Arbeitnehmer auf 4638 erhöhen konnte, hat die Beschäftigtenzahl bei der Bundesbahn um 158 auf 5781 abgenommen.

Dem Geschäftsbericht haben wir 6 Aufstellungen über die Beschäftigtenlage im Bereich der Stadt Essen beigefügt, die wir zu beachten bitten.

Eine Umfrage im Januar 1959 die der DGB-Ortsausschuß Essen unter dem Motto „Wie steht es mit der 5-Tage-Woche in Essen“ durchführte, hatte folgendes Ergebnis:

Bergbau: Für Arbeiter und Angestellte unter Tage 45-Stunden-Woche und zwölf Ruhetage im Jahr. Die Ruhetage fallen in der Regel auf einen Samstag; Arbeiter und Angestellte über Tage haben noch die 48-Stunden-Woche, aber auch zwölf Ruhetage im Jahr.

Bau - Steine - Erden: Rund 90 Prozent der Beschäftigten haben jeden Samstag frei, in Zeiten der Hochkonjunktur am Bau verschiebt sich das Bild jedoch. Einen Ausgleich könnte das sogenannte „Winterbauen“ schaffen.

Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr: Bei Stadtverwaltung, RWE, Ruhrverband, Emschergenossenschaft, Ruhrgas jedes zweite Wochenende frei, bei der Essener Verkehrs-AG. hat man den sogenannten „rollenden Einsatz“ eingeführt: sechs Arbeitstage, zwei Ruhetage.

Chemie, Papier, Keramik: Die Regelung ist unterschiedlich, zwar ist überall die 45-Stunden-Woche eingeführt, aber nur die großen Betriebe haben auch die Fünf-Tage-Woche. Bei Ruhrglas ist jedes zweite oder dritte Wochenende frei, 1500 Arbeiter in diesem Betrieb haben die „gleitende Arbeitswoche“.

Druck und Papier: In den graphischen Betrieben ist in der Regel jeder zweite Samstag frei.

Handel, Banken und Versicherungen: Die Arbeiter und Angestellten im technischen Großhandel haben in der Regel jeden zweiten Samstag frei, ebenso Verwaltung und Produktion in der Konsumgenossenschaft. Der Krupp-Konsum hat für Verwaltung und den Großhandel die Fünf-Tage-Woche eingeführt. Bei Banken und Versicherungen: Jedes zweite Wochenende.

Nahrung — Genuß — Gaststätten: Überwiegend 45-Stunden-Woche, bei zwei großen Brauereien Fünf-Tage-Woche, dagegen in der Brotindustrie z. B. grundsätzlich kein freier Samstag. Die Regelungen sind aus strukturellen Gründen sehr unterschiedlich.

Post: Auch hier ist die Regelung des freien Wochenendes sowie der 45-Stunden-Woche recht unterschiedlich. Fernmelde- und Postscheckamt haben in der Regel alle 14 Tage samstags frei, ein kleiner Teil der Arbeiter und Angestellten alle drei Wochen.

Metall: Die IG Metall in Essen teilt mit, daß in allen „einschichtigen“ Industriebetrieben jeder Samstag frei ist, Ausnahmen machen die sogenannten Warmbetriebe. Im Kraftfahrzeug-, Elektro- und Installateurhandwerk jeder zweite Samstag frei, im übrigen ist es aber im Handwerk noch recht unterschiedlich.

Holz: In den Großbetrieben jeder zweite Samstag frei, in den Handwerksbetrieben sollte jeder Samstag frei sein, aber die Praxis sieht etwas anders aus.

Eisenbahn: Es liegt in der Natur der Sache, daß hier ein geregeltes freies Wochenende sehr schwierig ist: Normalerweise: jeder zweite oder dritte Samstag frei.

Textil und Bekleidung: In der Bekleidungsindustrie haben 90 Prozent den freien Samstag, in der Textilindustrie 60 Prozent alle 14 Tage ein freies Wochenende.

C. Selbstverwaltung

I. Arbeitsverwaltung

Bei Berichterstattung sind im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Essen folgende Kollegen und Kolleginnen tätig:

Ordentliche Vertreter: Günter Stephan
Karl Bergmann
Willi Breideneich
Max Lange
Käthe Ehlers

Stellvertreter: Karl Elsenheimer
Werner Skaliks
Hermann Drescher
Fritz Pessel

In der Zeit von 1956 bis heute schieden folgende Kollegen und Kolleginnen, die dem Ausschuß angehörten, aus:

Gerda Linde, Wilhelm Backes, Hans Popauschka, Fritz Kern.

Es fanden laufend Sitzungen des Arbeitsausschusses, Verwaltungsausschusses und des Frauenausschusses statt, die sich mit allen für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft wichtigen Fragen beschäftigten. Der Vorsitz sowohl im Verwaltungsausschuß als auch im Arbeitsausschuß wechselt jährlich zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Die Öffentliche Hand ist als 3. Säule mit der Zahl der Mitglieder wie die beiden anderen im Verwaltungsausschuß vertreten.

II. AOK

Im Jahre 1958 fanden die Sozialwahlen statt. Es wäre in Essen durch die Ansprüche, die andere Verbände stellten, fast zu einer solchen Wahl gekommen. In letzter Stunde konnte eine Einigung erzielt werden, so daß ein Wahlkampf innerhalb der Arbeitnehmergruppe nicht stattzufinden brauchte. Die Arbeitnehmergruppe ist heute mit 6 Vorstandsmitgliedern und 20 Mitgliedern in der Vertreterversammlung vertreten. Den Vorsitz im Vorstand der AOK, der wie bei der Arbeitsverwaltung wechselt, hat jetzt unser Kollege Karnath inne. Unsere Kollegen waren im Berichtszeitraum bemüht, gerade bei der AOK in besonderem Maße die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen.

Vorstand 19 Sitzungen

Vertreterversammlung 7 Sitzungen

Die wichtigsten Beschlüsse:

1. Erhöhung des Beitragssatzes von 6 % auf 7,2 % ab 1. August 1957.
2. Erhöhung des Krankengeldes von der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit ab auf 60 % des Grundlohnes und Gewährung von Zuschlägen für den ersten Ange-

hörigen von 9 % und für jeden weiteren Angehörigen 3 % des Grundlohnes bis zum Gesamtbetrag von 75 % des Grundlohnes und Erhöhung des Hausgeldes auf 40 % des satzungsmäßigen Krankengeldes und für Versicherte, die für eine eigene Wohnung Miete zahlen müssen, auf 50 % des satzungsmäßigen Krankengeldes von der 7. Woche ab. Die Erhöhung des Kranken- und Hausgeldes ab 1. Oktober 1957.

3. Erhöhung der Beitragssätze von 7,2 % auf 7,8 %, der gekürzten Beitragssätze von 5,4 % auf 5,9 % und von 5 % auf 5,4 % ab 1. Februar 1958.
4. Erhöhung der Zuschüsse im Rahmen des Müttergenossenschaftswerkes.
5. Wiederholte Erhöhung der Krankenhauspflugesätze.
6. Erhöhung der Vergütung für Ärzte und Zahnärzte ab 1. Januar 1958 und ab 1. Januar 1959.

Arbeits- und Sozialrecht

Berichtszeit Januar 1957 bis September 1959

Die Inanspruchnahme der Rechtsabteilung des Ortsausschusses durch unsere Kolleginnen und Kollegen ist nach wie vor stark.

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts ist hervorzuheben, daß die Frage, ob der Hausarbeitstag für Frauen mit eigenem Hausstand auch bei der 5-Tage-Woche zu gewähren ist, durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts geklärt wurde. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, daß bei Vorliegen von 40 Arbeitsstunden in der Woche ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitstage der Hausarbeitstag zu gewähren ist. Trotzdem mußten wir diesem BAG-Urteil verschiedentlich durch Klagen Geltung verschaffen. In einem Fall, für den die Gew. Textil - Bekleidung Rechtsschutz gewährte, wurde durch einen Musterprozeß die Gewährung des Hausarbeitstages für ca. 200 Kolleginnen durchgesetzt. Nach Angaben der Firmenvertretung soll der Gesamtbetrag, der auf Grund dieses Urteils zu zahlen war — beklagte Firma nahm die von ihr eingereichte Berufung zurück —, ca. 20 000,— DM ausgemacht haben. Im Bundestag wird z. Z. das Hausarbeitstagesgesetz von NRW zwecks einer Änderung beraten. Die vorgesehene Änderung würde unsere Kolleginnen erheblich benachteiligen. Es ist beabsichtigt, den Hausarbeitstag nur noch bei Überschreiten der 45-Stunden-Woche und auch nur dann, wenn an sechs Tagen in der Woche gearbeitet wird, zu gewähren. Der DGB hat hiergegen Stellung genommen.

Auf dem Gebiet des Sozialrechts wurde unsere Abteilung infolge der Rentenreform in erheblichem Umfange um Rat angegangen. Die Zahl der gegebenen Auskünfte und die damit verbundene Arbeit macht es unmöglich, die Auskünfte statistisch zu erfassen. Die relativ hohe Zahl der auf dem Gebiet des Sozialrechts abgeschlossenen Vergleiche im Verhältnis zu den ergangenen Urteilen ist u. a. dadurch zu erklären, weil durch das BSG entschiedene Rechtsstreite auch die durch uns vertretenen Klagen beeinflussen. Außerdem wurden zahlreiche Anerkenntnisse in Form gerichtlicher Vergleiche abgeschlossen. Die starke Belastung der Sozialgerichte lassen die hängigen Rechtsstreite nur langsam zur Entscheidung kommen. Durchweg werden ein bis zwei Jahre benötigt, bis eine Entscheidung herbeigeführt wird. Einzelne Rechtsstreite aus der Zeit vor der Rentenreform (1. Januar 1957) sind noch nicht erledigt. Seit dem 1. Juni 1958 sind in NRW drei neue Sozialgerichte eingerichtet worden (Aachen, Duisburg, Gelsenkirchen). Hierdurch soll eine Beschleunigung der Sozialgerichtsverfahren erreicht werden. Für unseren Bereich ist in erster Linie das Sozialgericht Duisburg zuständig. In einzelnen Fällen haben wir auch die Sozialgerichte Düsseldorf und Gelsenkirchen angerufen. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft die bei den Sozialgerichten eingereichten Klagen schneller bearbeitet werden können. Die lange Prozeßdauer belastet die Kolleginnen und Kollegen sehr. Nicht selten führt das zur Verschlimmerung der Leiden. Auch dürften die für die jeweiligen Verfahren erstellten Gutachten wegen der langen Prozeßdauer an Beweiskraft einbüßen. Das kann dazu führen, daß die von uns vertretenen Kolleginnen und Kollegen Nachteile erleiden. Wir sind natürlich bemüht, diese Nachteile soweit

wie möglich auszuschalten und die Verfahren zu beschleunigen. Es bleibt abzuwarten, ob die Neueinrichtung der Sozialgerichte tatsächlich eine schnellere Erledigung der Sozialrechtsstreite bringt.

Nachfolgend die Statistik für die Gebiete Arbeits- und Sozialrecht:

Arbeitsrecht 1957

259 eingereichte Klagen	
83 obsiegende Urteile	26 460,03 DM
152 gerichtliche Vergleiche	37 913,56 DM
7 außergerichtliche Vergleiche	2 992,85 DM
<hr/>	
erstrittene Summe	67 366,44 DM
11 Klagerücknahmen	
11 abgewiesene Klagen	2 912,96 DM

Arbeitsrecht 1958

188 eingereichte Klagen	
55 obsiegende Urteile	18 995,04 DM
107 gerichtliche Vergleiche	45 951,22 DM
5 außergerichtliche Vergleiche	5 239,34 DM
<hr/>	
erstrittene Summe	70 185,60 DM
6 Klagerücknahmen	
12 abgewiesene Klagen	1 763,52 DM

Arbeitsrecht I. bis III. Quartal 1959

173 eingereichte Klagen	
18 obsiegende Urteile	4 725,35 DM
80 gerichtliche Vergleiche	27 631,14 DM
5 außergerichtliche Vergleiche	15 243,66 DM
<hr/>	
erstrittene Summe	47 600,15 DM
19 Klagerücknahmen	
4 abgewiesene Klagen	1 356,19 DM

Sozialrecht 1957

92 eingereichte Klagen	
26 Urteile	77 781,24 DM
29 gerichtliche Vergleiche	113 504,57 DM
7 außergerichtliche Vergleiche	13 555,60 DM
1 Anerkenntnis	1 600,— DM
<hr/>	
erstrittene Summe	206 441,41 DM
40 Klagerücknahmen	

Sozialrecht 1958

217 eingereichte Klagen	
24 Urteile	159 127,36 DM
41 gerichtliche Vergleiche	243 382,97 DM
3 außergerichtliche Vergleiche	1 120,40 DM
<hr/>	
erstrittene Summe	403 630,73 DM
62 Klagerücknahmen	

Sozialrecht I. bis III. Quartal 1959

171 eingereichte Klagen	
6 Urteile	74 620,— DM
50 gerichtliche Vergleiche	286 720,65 DM
3 außergerichtliche Vergleiche	13 469,80 DM
<hr/>	
erstrittene Summe	374 810,45 DM
72 Klagerücknahmen	

Bildungswesen

Die Arbeit der Abteilung Bildungswesen gliederte sich im Berichtszeitraum wie folgt:

1. Grundlagenbildung
2. Funktionärschulung
3. politische Bildungsarbeit
4. allgemeine Kulturarbeit

Die berufliche Fortbildung organisierter und nicht organisierter Arbeitnehmer gehört zu den Aufgaben des „Berufsbildungswerks des DGB“, das in der Rechtsform einer GmbH seine Zentrale in Düsseldorf und eine seiner Zweigstellen in Essen hat.

Gewerkschaftliche Grundlagenbildung

Die Grundbildungsstätte der Essener Gewerkschaften ist nach wie vor das Gewerkschaftliche Seminar, das seit nunmehr über 11 Jahren in Verbindung mit der Volkshochschule unserer Stadt veranstaltet wird. Das Seminar besteht aus einer Grund- und einer Oberstufe und vier daran anschließenden Seminar-Arbeitsgemeinschaften. Einen Überblick über die Arbeit des Gewerkschaftlichen Seminars während der Zeit seines Bestehens vermittelt die beiliegende Übersicht.

Funktionärschulung

Die Schulung derjenigen Funktionäre, deren Tätigkeit sich aus der Tarifhoheit der Gewerkschaften und aus der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit ergibt, ist grundsätzlich den örtlichen Verwaltungsstellen der angeschlossenen Gewerkschaften vorbehalten. Sie kann bei Bedarf dem Ortsausschuß übertragen werden. Aus diesem Grund hat die Abteilung Bildungswesen im Berichtszeitraum 4 Arbeitsgemeinschaften für Betriebsratsmitglieder durchgeführt, die Abteilung Jugend Sonderschulungen für Betriebsjugendvertreter.

An Schulungen für Funktionäre, die im Auftrage aller Gewerkschaften gemeinsam — d. h. im Auftrage des DGB — tätig sind, wurden durchgeführt: 3 Schulungskurse für Organmitglieder in der Selbstverwaltung der Krankenversicherung, 2 Sonderschulungen für Sozialrichter, eine permanente Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsstudien.

Sonderschulungen für Vertrauensleute der Angestellten, Beamten und Frauen wurden von den entsprechenden Abteilungen des Ortsausschusses durchgeführt.

Politische Bildungsarbeit

Als Einrichtung politischer Bildungsarbeit ist die oben erwähnte Seminar-Arbeitsgemeinschaft „Staat und Gesellschaft“ anzusehen, die seit drei Jahren besteht und jeweils im Winterhalbjahr zusammentritt. Es wurden Themen wie „Der Bund und die Länder“, „DDR und Bundesrepublik“, „Wer macht die öffentliche Meinung?“, „Ist Demokratie nur ein Schlagwort?“ usw. behandelt.

Seit zwei Jahren besteht an der Volkshochschule der Stadt Essen unter maßgeblicher Mitwirkung des Ortsausschusses eine Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung, der außerdem die Arbeitsgemeinschaft Junger Unternehmer, der Deutsche Frauenring, der Evangelische Sozialdienst, die Sozialistische Bildungsgemeinschaft und der Staatsbürgerliche Arbeitskreis angehören. Die Arbeitsgemeinschaft führt an der Volkshochschule in jedem Wintersemester monatliche öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durch. Das Oberthema der diesjährigen Vortragsreihe lautet „Deutschland zwischen Ost und West“.

Kulturarbeit

Die Abteilung Bildungswesen geht von der Voraussetzung aus, daß es nicht vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, sog. kulturelle Veranstaltungen in eigener Regie durchzuführen. Sie ist vielmehr bemüht, den Essener Gewerkschaftsmitgliedern den Zugang zu den bereits vorhandenen und für die Gewerkschaften als Partner geeigneten kulturellen Einrichtungen unserer Stadt zu ebnen und sie zum Besuch öffentlicher allgemeinbildender Veranstaltungen aufzufordern. Deshalb besteht ein ständiger guter Kontakt des Ortsausschusses u. a. mit der Volkshochschule, dem Amerika-Haus Essen, dem Centre Culturel Français, dem Essener Theaterring, der Evangelischen Männerarbeit. Ausbaufähig wäre beispielsweise der Kontakt zur Stadtbücherei und zum Essener Filmclub.

Während der Spielzeit der Ruhrfestspiele Recklinghausen gehört der Verkauf von Eintrittskarten und die Werbung von Teilnehmern für das übrige Festspielprogramm zu den Aufgaben der Abteilung. Der Ortsausschuß führte in jedem Jahr eigene Omnibusfahrten nach Recklinghausen durch.

Außerdem wurde die Abteilung Bildungswesen während des Berichtszeitraums in zahlreichen Fällen mit der Vermittlung von Eintritts- und Ermäßigungskarten für verschiedene kulturelle und Freizeitveranstaltungen beauftragt. Seit einem Jahr arbeitet der Ortsausschuß z. B. mit der International Art Film Corporation zur Förderung des guten Films zusammen.

Über die Betreuung der genannten vier Sachgebiete hinaus gehörte es zur ständigen Aufgabe der Abteilung Bildungswesen, die Verbindung zu den Einrichtungen des öffentlichen Bildungswesens (Volks-, Berufs-, höheren und Ingenieurschulen) aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Auch die Verbindung zur örtlichen und überörtlichen Presse gehört zu den Aufgaben der Abteilung. Sie können auch in Zukunft nur dann sinngemäß und erfolgreich gelöst werden, wenn die aktive Mitarbeit aller angeschlossenen Gewerkschaften und jedes einzelnen Gewerkschaftsmitglieds gesichert ist. Eine Koordinierung und Aktivierung der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit konnte bis heute nur in Ansätzen ermöglicht werden.

Über die ganze Berichtszeit erstreckte sich eine intensive Beratungs- und Betreuungsarbeit der Abteilung, durch die die Anliegen der angeschlossenen Gewerkschaften, von außergewerkschaftlichen Einrichtungen und Einzelpersonen gefördert wurden. Dazu gehört u. a. die Betreuung von ausländischen Besuchern, Studenten, Lehrern und ungarischen und algerischen Flüchtlingen.

Der zuständige Sekretär der Abteilung war im Berichtszeitraum außerhalb seines Arbeitsbereichs als Referent auf 76 gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Veranstaltungen tätig.

Während der Berichtszeit haben 42 Gewerkschaftsmitglieder die Bundesschulen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und 8 Mitglieder gewerkschaftliche Akademien besucht.

Die Fachbibliothek der Abteilung, die allen interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Benützung offensteht, umfaßt zur Zeit 232 Bände.

Jugendarbeit

Organisation

Die Zahl der jugendlichen Mitglieder in den Gewerkschaften hat weiterhin erfreulich zugenommen. Es sind 13,6 % der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder. Dieser Anteil ist nicht sehr groß. Es muß dabei aber berücksichtigt werden, daß die Zahl der in diesem Zeitraum aus den Volksschulen Entlassenen sehr klein war. Dazu kommt noch, daß die jungen Menschen ihre Berufsausbildung in überwiegendem Maße in Handwerks-, Klein- und Mittelbetrieben erhalten und dort für die Gewerkschaften sehr schwer erfaßbar sind. Darum ist die Steigerung der Mitgliederzahl, wenn auch nicht befriedigend, so doch anerkennenswert. Bei den Ortsverwaltungen der einzelnen Gewerkschaften bestehen 10 Jugendausschüsse mit 104 Mitgliedern, die in regelmäßigen Abständen von 4 bis 12 Wochen tagen.

Die Arbeit der Gewerkschaftsjugend erfolgt in 150 verschiedenen Gruppen und teilt sich auf in Betriebsjugendgruppen, Verbandsjugendgruppen, Ortsjugendgruppen und Neigungsgruppen. In Absprache mit den Gewerkschaften hat der DGB in Essen keine eigenen Jugendgruppen.

Während sich die Jugendausschüsse der einzelnen Gewerkschaften im besonderen mit organisatorischen Fragen befassen und die Vorbereitung für die verschiedensten Veranstaltungen durchführen, werden in den Jugendgruppen die vielfältigsten Themen und Diskussionen gepflogen:

Jugendarbeitsschutz, Jugend in der SBZ, Jugend und Bundeskongreß, DGB und Bundeswehr, Lohn, Gehalt und Arbeitszeitbewegung, Geschichte der Stadt Essen, Der Sport als Massenbewegung, Der Landschaftsverband, Verkehrserziehung und Verkehrssicherung, Was weißt Du von der Soziologie? Was weißt Du von der Staatsbürgerkunde?, Welche Chancen gibt es bei der Bundesbahn?, Kenne ich meinen Beruf?, Rationalisierungsmaßnahmen, Macht der Presse, Die Bedeutung des 1. Mai, Schmutz und Schund in der Literatur, Polizei und Staatsbürger, Jugendgerichtsbarkeit, Reiseberichte mit Lichtbildern, Betriebsverfassungsgesetz, Lehrvertrag, Filmkritik an Filmabenden, Vorträge über Jazz, Gesetz zur Sicherung des Arbeiters im Krankheitsfalle, Genfer Konferenz und ihre Folgen, Interpol im Einsatz, Bericht über Scotland Yard, Wie entsteht eine Zeitung?, Die Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten, Benötigt die Stadt Essen einen Haushaltsplan?, Wie entsteht ein Gesetz?, Die Krankenversicherung, Soziales im Landtag, Wir arbeiten mit einem Tonband, Quizabende.

In den Neigungsgruppen ist unseren jungen Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit gegeben, ihrem Hobby nachzukommen. Es bestehen Tischtennisgruppen, Fußballgruppe, Bastelgruppe, Singekreis, Fotogruppen, Schachgruppe, Volkstanzgruppe, Filmgruppe und ein Kreis, der die bestehenden Schaukästen regelmäßig ausstellt.

Neben der ausgesprochenen Gruppenarbeit wurden 720 Jugendversammlungen mit 20 114 Teilnehmern durchgeführt, die sich mit den folgenden Themen beschäftigten: Jugendschutz und Jugendarbeitsschutz, Zusammenarbeit mit Erwachsenen, Gewerk-

schaft und Halbstärke, Organisatorische Fragen in Deleg.-Wahlen, Betriebsverfassungsgesetz, Jugendvertreter, Jugend in der heutigen Zeit, Der junge Mensch in der Umwelt, Gewerkschaftliche Jugendarbeit, Was gewinnen wir aus unserem Jugend-Theaterabonnement für unser Wissen?, Gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb, Jugendpflege, Berufsausbildung, Aufbau und Ziel der Gewerkschaften, Die wirtschaftliche Lage und die Jugend, Wiedervereinigung in gewerkschaftlicher Sicht, Sozialpartnerschaft und Weg zum sozialen Frieden, Wirtschaftsmacht und Wirtschaftskonzentration, Automation — Fluch oder Segen?, Aufgaben der Gewerbeaufsicht, Jugend und Unfallschutz, Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsschulung, Kennst Du das bürgerliche Recht?

Mittelpunkt der Jugendgruppenarbeit sind unsere Jugendheime, das Jugendheim am Gewerkschaftshaus und seit dem 1. August 1959 das neue Jugendheim des DGB in Essen-Karnap. Dort kommen sowohl die Neigungsgruppen als auch die im Norden wohnenden jungen Gewerkschaftsmitglieder der verschiedensten Gewerkschaften in ihren Gruppen zusammen. Daneben kommen andere Gruppen in städt. Heimen oder Schulen zusammen. Bedauerlich ist, daß einzelne Gruppen immer noch ihre Zusammenkünfte in Gaststätten durchführen müssen.

Dem Ortsjugendausschuß gehören Vertreter aller Gewerkschaften, je nach der Mitgliederstärke, an. Er hat die Aufgabe, die gesamte gewerkschaftliche Jugendarbeit zu koordinieren. Der Ortsjugendausschuß kam regelmäßig monatlich zusammen und behandelte neben den laufenden organisatorischen Fragen

die Winterschulung, Jahresfilmprogramm, Betreuung der jungen Soldaten, Leitsätze der Gewerkschaftsjugend, Elternbrief für die schuluntlassene Jugend, Jugendfreizeiten, allgemeine Mitgliederwerbeaktion, Straßensammlungen, Lichtbildervortrag, Reise nach Brüssel, „Wir erforschen unsere Heimatstadt“, Jugendarbeitsschutz u. a.

Nachdem der Koll. Senft, der bisherige Vorsitzende des Ortsjugendausschusses, nicht mehr im Essener Jugendsekretariat tätig war, wurde an seiner Stelle vom Ortsjugendausschuß der Koll. Manfred Albus als Vorsitzender gewählt. Stellvertretende Vorsitzende waren die Koll. Willi Lange und Wolfgang Heiland, Schriftführerin die Koll. Agnes Witthaut.

Im Rahmen der Ferienerholung wurden von der Gewerkschaftsjugend Jugendfreizeiten im Sommer und Winter durchgeführt. In Verbindung mit dem Landesbezirk des DGB vermittelten wir 1957 71 Kolleginnen und Kollegen einen Freizeitaufenthalt von jeweils 14 Tagen, 1958 waren es 47 und 1959 91 Teilnehmer. Diese Ferienerholung wurde sowohl im Ausland (Italien, Schweden, Österreich und Holland) als auch in der Bundesrepublik durchgeführt. Von einigen Gewerkschaften wurden Wochenendwanderungen, eine Pfingstwanderung und Radtouren für ihre jugendlichen Mitglieder veranstaltet.

Internationale Begegnungen fanden in Schweden und Luxemburg statt. Sinn dieser Begegnungen ist es, Verbindungen zu pflegen, Land und Leute kennenzulernen,

die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des jeweiligen Gastlandes zu studieren. Dazu dienten Besichtigungen und Besprechungen mit jungen Gewerkschaftern. Im Rahmen dieser internationalen Begegnungen besuchten uns ausländische Jugendgruppen aus Luxemburg, Frankreich und England. Sie führten Gespräche mit dem Ortsjugendausschuß, besichtigten Betriebe, besuchten Zechen und die Essener Gruga.

Gewerkschaftsarbeit im Betrieb

Sowohl das Betriebsverfassungsgesetz als auch das Personalvertretungsgesetz sieht die Wahl von Jugendsprechern vor. In dieser Frage haben sich die einzelnen Gewerkschaften bei der Wahl aktiv eingesetzt und die gewählten Jugendsprecher entsprechend geschult. Insgesamt gibt es 251 Jugendsprecher, die gewerkschaftlich organisiert sind. Es bestehen in einigen Großbetrieben 7 Betriebsjugendausschüsse.

Schulung und Bildung

Schulung und Bildung wird teils durch die Gewerkschaften und teils durch den DGB vorgenommen. Sowohl einige Gewerkschaften als auch der DGB führten Wochenendschulungen durch. Der Ortsjugendausschuß war daran mit je 7 Wochenendschulungen pro Jahr beteiligt. An den Schulungen nahmen jeweils im Durchschnitt 40 Kolleginnen und Kollegen teil. Neben wirtschafts- und sozialpolitischen Themen wurden arbeitsrechtliche Fragen erörtert. Die staatsbürgerliche Bildung war gleichfalls Gegenstand der Erörterung. Die Abende waren der geselligen und kulturellen Ausgestaltung vorbehalten. Ferner standen Fragen des Straßenverkehrs und die Geschichte Essens zur Besprechung an.

Insgesamt 206 Kolleginnen und Kollegen nahmen an Lehrgängen der Bundesschulen, Bundesjugendschulen und an den örtlichen Seminaren des DGB teil. Die Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung („Arbeit und Leben“) führt neuerdings Mädchenseminare durch, zu denen wir von Essen aus einige Kolleginnen benannt haben. Einzelne Kollegen waren Teilnehmer einer internationalen Begegnung in der Bundesjugendschule Oberursel.

An den Staatsbürgerlichen Seminaren, die der Ortsausschuß Essen durchführte, nahm eine größere Anzahl jugendlicher Kolleginnen und Kollegen teil.

In Verbindung mit dem Landesbezirk NRW des DGB nahmen Kolleginnen und Kollegen an Ost-West-Seminaren in West-Berlin teil. Darüber hinaus wurden unter der Federführung der IG Druck und Papier und der IG Bau - Steine - Erden zwei eigene Seminare durchgeführt. Hier hatten die Gewerkschafter Gelegenheit, sich an Ort und Stelle mit dem Problem der Wiedervereinigung zu beschäftigen.

Dem Kennenlernen der Arbeitsumwelt dienten mehrere Besichtigungen, die von einzelnen Gewerkschaften durchgeführt wurden. Es wurden besichtigt das Kölner Funkhaus, die Coca-Cola-Betriebe, das RWE und die Einrichtungen der Essener Polizei.

Wir haben im Jugendheim des Gewerkschaftshauses eine gut ausgebaute Bibliothek mit ca. 2200 Bänden. Diese wird von den Jugendlichen sehr in Anspruch genommen. Im Jugendheim Karnap sind wir beim Ausbau einer weiteren Bibliothek. Eine grö-

Bere Anzahl Bücher stellte uns die IG Bergbau zur Verfügung. Einige Geldspenden, die uns anlässlich der Einweihung des Jugendheimes zur Verfügung gestellt wurden, sollen weitere Buchanschaffungen ermöglichen, so daß bald mit der Inanspruchnahme der Bibliothek gerechnet werden kann.

Kulturelle Arbeit

Im Rahmen der kulturellen Arbeit wurde regelmäßig monatlich eine Filmwoche durchgeführt. Wir können es uns ersparen, die einzelnen Filme aufzuführen, da sie in diesem Kreis hinreichend bekannt sind. Die Filmwochen haben sich gut eingebürgert. Wir waren gezwungen, bereits seit längerer Zeit, Filmvorführgeräte von der Städt. Bildstelle zu entleihen, da unsere Geräte unzureichend und verbraucht sind. Die Anschaffung eines neuen Gerätes ist eingeleitet.

In Verbindung mit dem Kulturring der Essener Jugend e. V., dem neben den Jugendorganisationen auch Vertreter der Höheren Schulen und Berufsschulen angehören, werden der Gewerkschaftsjugend laufend Karten zu verbilligten Preisen zur Verfügung gestellt. Wir erhielten:

- 3973 Karten für Schauspiele
- 1474 Karten für Opern
- 649 Karten für Konzerte
- 2694 Karten für die Ruhrkammerspiele
- 223 Karten für sonstige Veranstaltungen.

Die Karten wurden jeweilig auf die einzelnen Gewerkschaften verteilt. Zum Teil besteht für diese Karten bei den einzelnen Gewerkschaften ein fester Verteilerkreis unter den jungen Gewerkschaftern, zum Teil werden sie jeweilig unter den jungen Kolleginnen und Kollegen verteilt.

Berufliche Fortbildung

Eine berufliche Fortbildung erfolgte zu einem geringen Teil durch die einzelnen Gewerkschaften. In zahlreichen Fällen konnten wir junge Gewerkschafter, die den Wunsch nach beruflicher Weiterbildung äußerten, an das Berufsbildungswerk verweisen.

Die Gewerkschaft HBV hat in Verbindung mit einem Warenhaus einen Schaufensterwettbewerb für ihre jungen Dekorateurs durchgeführt und an die Gewinner entsprechende Preise verteilt.

Sonstige Veranstaltungen

„Wir erforschen unsere Heimatstadt“ (eine Erkundungsfahrt mit Rädern), Lehrlingsaktion, Brief an die Eltern der zukünftigen Lehrlinge, Aufklärung über den Lehrvertrag, in Verbindung damit eine Plakataktion an den Litfaßsäulen.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Gewerkschaftsjugend ist im Stadtjugendring vertreten, in dem die Vertreter sämtlicher demokratischer Jugendverbände in Essen zusammengeschlossen sind.

Sie besuchte die Veranstaltungen des Stadtjugendringes. Dem geschäftsführenden Ausschuß des Stadtjugendringes, dem die Vorbereitung und Planung von Veranstaltungen obliegt, gehört ebenfalls ein Vertreter der Gewerkschaftsjugend an. Durch die Beteiligung an dieser Arbeit besteht der Kontakt mit allen Essener Jugendorganisationen.

Vertretung in weiteren Gremien

Berufsaussbildungsausschuß beim Arbeitsamt
Berufsausbildungsausschuß IHK
Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Essen
Essener Verkehrswacht
und viele mehr.

Eine besondere Zusammenarbeit haben wir mit den Berufsschulen. Die Verbindung mit den Berufsschulen müßte noch weiter ausgebaut werden, und zwar dergestalt, daß auch dort etwas über unsere Gewerkschaftsarbeit und die Aufgaben der Gewerkschaften im Berufsleben gesagt werden könnte. Besonders ausgebaut ist diese Arbeit in den Berufsschulen für den Bergbau. Dort finden regelmäßig vierteljährlich Vorträge über Wollen und Wirken der Gewerkschaften statt, und zwar als Pflichtfach.

Durch unsere Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben wir die Möglichkeit erhalten, in den Entlaßklassen der Volksschulen etwas über die Gewerkschaften sagen zu können. Von dieser Möglichkeit wurde auch in der Berichtszeit Gebrauch gemacht und unser Besuch in den Schulen sogar noch verstärkt.

Als letztes wollen wir über einige wichtige jugendpolitische Fragen berichten, die durch Gesetze bestimmt werden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz geht nicht nur die Essener Jugend an. Wie aus dem Bericht ersichtlich, haben sich alle Gewerkschaften mit der Problematik befaßt. Im Rahmen einer besonderen Aktion wurden Gespräche mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages geführt, ihnen eine Übersicht gegeben, die Auskunft darüber gibt, wie lange dieses Gesetz schon gefordert wird und welche Vorschläge von den Gewerkschaften gemacht werden. Verbunden war die Aktion mit einer Flugblattverteilung in den Betrieben und entsprechenden Verlautbarungen in den Zeitungen.

Die Gewerkschaften bemühten sich, bei der Landesregierung und Parlament NRW Vorstöße zu machen im Hinblick auf ein Jugendleiter-Urlaubsgesetz.

Eine Stellungnahme zum Krankenhilfsdienst für Mädchen wurde bekanntgegeben. Anlaß der Diskussion über diese Frage war ein Bericht über die Tätigkeit junger Mädchen im Krankenhilfsdienst in der Zeitschrift „Essener Jugend“. Die Gewerkschaft OTV hat ihre Haltung kundgetan, die sich im besonderen gegen die in den Berichten niedergelegte Tatsache wendet, daß diese jungen Mädchen Arzneien den Patienten verabreichen. Dazu können nur entsprechende beruflich vorgebildete Krankenpflegerinnen herangezogen werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Hauptabteilung Jugend, hat seine Wünsche in bezug auf ein bundeseinheitliches Berufsausbildungsgesetz in der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Weiterhin entwickelte die Hauptabteilung Jugend im DGB ihre Vorstellungen über ein Jugendsozialprogramm.

Die gute Zusammenarbeit des Jugendsekretariats in Essen mit dem Landesbezirk des DGB, Abt. Jugend, wäre zu erwähnen.

Dieser Bericht soll nicht abgeschlossen werden, ohne allen Kolleginnen und Kollegen Dank zu sagen für ihre geleistete Arbeit, wo immer sie auch tätig waren. Ohne ihre Arbeit kein Erfolg. Es nützen die schönsten Pläne nichts, wenn nicht verlässliche Kolleginnen und Kollegen uns bei der Verwirklichung unterstützen.

Frauenarbeit

Arbeitsmarktlage

Durch Industrialisierung und die beiden Weltkriege hat sich die Stellung der Frau in der Gesellschaft grundlegend geändert. Diese veränderte Stellung hat auch ihre Auswirkungen im Wirtschaftsleben durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen. In Essen betrug die Zahl der in abhängiger Stellung beschäftigten Frauen am 30. September 1957 86 442, am 30. September 1959 91 834.

Nicht nur die Steigerung in der Zahl ist bemerkenswert, sondern der Anteil der Frauen an den beschäftigten Arbeitnehmern ist gestiegen, zur Zeit beträgt er 30,2%. Der größte Teil der berufstätigen Arbeitnehmerinnen ist in ungelerten und angelernten Berufen tätig. In den meisten Fällen fehlt die berufliche Vorbildung, die für die sogenannten Lehrberufe notwendig ist. Dadurch ergibt sich zwangsläufig, daß der Anteil von Frauen in qualifizierten Berufen noch verhältnismäßig niedrig ist.

Leider fehlen die konkreten Angaben, wieviel der Frauen doppelt belastet sind durch Beruf und Haushalt. Bei diesen Frauen ist der Wunsch für eine stundenweise Beschäftigung verständlich, wenn bei Teilzeit gleiche soziale Sicherungen vorhanden wären. Durch den Arbeitskräftemangel sind neuerdings immer mehr Arbeitgeber bereit, die obigen Sicherungen anteilmäßig zu tragen, wenn sie dadurch Arbeitskräfte erhalten.

Die steigende Erwerbstätigkeit der Frau, der einseitige Einsatz der erwerbstätigen Frau in Hilfsarbeitsplätzen, Schaffung und Ausweitung der Berufsmöglichkeiten für die Frau und der Arbeitsschutz für die Frauen und Mütter weisen den Gewerkschaften bestimmte Aufgaben zu. Darin liegt auch die Begründung für eine besondere gewerkschaftliche Frauenarbeit.

Mitgliederbewegung

Die erste Voraussetzung, die Interessen der Frauen zu vertreten, ist ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Die Gewinnung der Frau ist sehr schwierig. Um so erfreulicher ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in der Berichtszeit in Essen zugenommen hat. 1957 — 13 657 weibliche Mitglieder und 1959 — 14 746 weibliche Mitglieder. Natürlich steht diese Zahl in keinem Verhältnis zu der Zahl der Arbeitnehmerinnen in Essen. Hier ist noch ein unermessliches Reservoir für die Werbung.

Organisation

Gewerkschaftliche Frauenarbeit wird sowohl bei den einzelnen Gewerkschaften als auch beim DGB durch den Ortsfrauenausschuß geleistet.

Der Ortsfrauenausschuß setzt sich aus den Vertreterinnen aller in Essen ansässigen Gewerkschaften zusammen. Der OFA kam in der Berichtszeit regelmäßig zusammen. Neben den organisatorischen Fragen beschäftigte er sich mit:

Winterschulungsprogramm, Preissituation aus der Sicht der Verbraucher, Ladenschlußgesetz, Frau und Rentenversicherung, Krankenversicherungs-

reform, Die innergewerkschaftliche Demokratie, Arbeitsmarktlage in Essen, Verschiedene Berufsmöglichkeiten für Frauen, insbesondere Angestellten- und Krankenpflegeberufe. Akute Fragen der Steuergesetzgebung und Hausarbeitstag waren Gegenstand der Erörterung.

Kollegin Schuchert vertritt den Ortsfrauenausschuß im Ortsausschußvorstand.

Seit November 1958 besteht im Ortsausschuß ein hauptamtlich besetztes Frauensekretariat. Allerdings muß die Frauensekretärin, Kollegin Rudoll, die Frauenarbeit im Kreisausschuß Mettmann des DGB mit betreuen.

Bei den nachfolgend aufgeführten Gewerkschaften bestehen jeweilig Frauenausschüsse:

Druck und Papier, HBV, Eisenbahn, OTV, Metall, Post, Textil und Bergbau.

In diesen Ausschüssen wurden neben den organisatorischen Fragen innergewerkschaftliche Probleme behandelt. Aber auch Themen von Allgemeininteresse wurden diskutiert, z. B.

Einsatz von Jugendlichen im Krankendienst;

Hat die heutige Jugend zu viel Taschengeld?;

Fragen der Tarif- und Lohnpolitik;

Lichtbildervortrag „Rückschau auf Brüssel“.

In der Berichtszeit wurde eine Frauendelegiertenkonferenz des Ortsausschusses des DGB durchgeführt. Kollegin Weber vom Bundesvorstand DGB behandelte das Thema: „Die Forderungen der Frauen im Aktionsprogramm“.

Sowohl in den beiden Landesfrauenkonferenzen als auch der Bundesfrauenkonferenz waren Kolleginnen aus dem Ortsausschuß Essen vertreten. Die Konferenzen befaßten sich mit der veränderten Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft, und viele Anträge befaßten sich mit den Forderungen der Gewerkschaften für die erwerbstätigen Frauen. Von allen Konferenzen wurden im OFA Berichte gegeben.

Die Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten führte in Essen ihre Landesfrauenkonferenz durch. Diese war verbunden mit einer Frauenversammlung, auf der Kollegin Ostermeyer über „Die Stellung der Frau in Betrieb und Familie“ referierte. Diese Veranstaltung wurde vom Frauensekretariat unterstützt.

Auch die Postgewerkschaft führte eine Bezirkstagung für die Frauen in Essen durch. Frauen der IG Bergbau hatten gleichzeitig eine Delegiertenkonferenz, auf der die Kollegin Brinktrin über das Thema: „Frauen wollen auch soziale Sicherheit“ sprach. Gleichzeitig wurde dort der neue Frauenausschuß gewählt.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner hielt gleichfalls eine Bezirksfrauenkonferenz hier in Essen ab. Kollegin Martha Schanzenbach, MdB, behandelte das Thema: „Frau in der Gewerkschaft und im Staat“.

Schulung und Bildung

der Kolleginnen ist notwendig, um sie zu befähigen, an der Gestaltung des gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen und kulturellen Lebens teil-

zunehmen. Zu diesem Zweck wurden Samstag- und Wochenendschulungen durchgeführt. Inhalt:

„Dem Alltag gewachsen“, es sprach eine Ärztin.

„Politik aus der Sicht der Frau“ wurde von einer Parlamentarierin besprochen.

„Praxis der Arbeitsverwaltung“, Dr. Lenden, Arbeitsamt.

„Aus dem Arbeitsschutz“, Gewerbeoberinspektor Dr. Bruns.

Gemeinsam mit dem Angestelltenausschuß „Fragen der Sozialversicherung“.

HBV führte eine Wochenendschulung durch, auf der über die Werbung von weiblichen Mitgliedern und sonstige innergewerkschaftliche Fragen besprochen wurden.

OTV Wochenendschulung in Meinerzhagen, Themen wie oben.

Der Zweckschulung dienten mehrere Zirkel über Schnittzeichnen und Zuschneiden in Verbindung mit der Briefschule der Gewerkschaften. Zwei Kochkurse für erwerbstätige Frauen.

An dem örtlichen Seminar, das von der Abteilung Bildung durchgeführt wird, nahmen 14 Frauen teil. Bemerkenswert ist, daß darunter einige Frauen der teilnehmenden Kollegen waren.

An Kursen in den Bundesschulen des DGB waren unter den 42 Teilnehmern 3 Frauen.

1 Kollegin besuchte die Sozialakademie.

Die Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung, zu deren Träger auch die Gewerkschaften in Essen gehören, führte mehrere Einzelvorträge durch, zu denen auch die Kolleginnen eingeladen wurden. Leider war die Teilnahme seitens der Kolleginnen sehr gering. Die Abteilung Frauen beim Landesbezirk des DGB führte ein Ost-West-Seminar in West-Berlin durch, an denen nur einzelne Kolleginnen teilnahmen.

Sonstige Veranstaltungen

Diese wurden sowohl vom DGB als auch von den Gewerkschaften durchgeführt und hatten eine größere Besucherzahl. Es waren:

5 Filmabende

1 Lichtbildervortrag „10 Jahre Indien“.

Werbeveranstaltung „Modenschau einmal anders“ in Verbindung mit der Briefschule.

4 weitere Modeschauen mit Referat über Gewerkschaften.

Aus der Praxis der Betriebsfürsorgerin.

Wandlung und Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft,

Min.-Rätin Dr. Karsten.

Arbeitsschutz für Frauen, Gewerbeoberinspektor Frau Bruns.

Wer macht die öffentliche Meinung?

Wie koche und backe ich vorteilhaft?

Im September 1958 wurde eine „Sternfahrt“ gestartet, an der sich die Essener Kolleginnen beteiligten. Diese Sternfahrt diente der Werbung und Aufklärung. Diese

Sternfahrten sind in der Öffentlichkeit gut aufgenommen worden und hatten eine gute Presse.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Mit der konsumgenossenschaftlichen Frauengilde besteht ein gutes Einvernehmen. In der Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung ist die Verbindung mit dem Essener Frauenring gegeben.

Vertretung in anderen Gremien

Verwaltungsausschuß beim Arbeitsamt, 1 Kollegin.

Frauenausschuß beim Arbeitsamt, 1 Kollegin.

Ausschuß für hauswirtschaftliche Berufsausbildung, 1 Kollegin.

AOK-Vertreterversammlung, 3 Kolleginnen.

Gewerkschaftsarbeit im Betrieb

Bindeglied zwischen gewerkschaftlicher Frauenarbeit — Gewerkschaft und Betrieb ist die Betriebsrätin. Leider kann hier eine genaue Zahl nicht angegeben werden. Fest steht, daß die Zahl der Betriebsrätinnen ständig zunimmt. Es sollte darauf hingearbeitet werden, daß es immer mehr weibliche Betriebsrätinnen gibt. Sie spielen auch bei der Werbung von Frauen für die Gewerkschaft eine wichtige Rolle.

Publikationen

Zur Unterstützung der Betriebsrätinnen und der weiblichen Vertrauensleute gibt die Hauptabteilung Frauen des DGB ein Informationsblatt „Frauen und Arbeit“ heraus. Es gibt den Kolleginnen eine gute Stütze in Fragen des Arbeitsrechts, Arbeitsschutzes, Berufsmöglichkeiten für Frauen, wichtigen Gesetzen u. a.

Soweit wir die örtliche Presse um Berichterstattung gebeten haben, hat sie entsprechend berichtet. Trotzdem muß die notwendige Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sektor noch ausgebaut werden.

Schwerpunkte

In der gewerkschaftlichen Frauenarbeit seien hier noch angesprochen. Das Frauensekretariat hat sich um die Ausfüllung von Fragebogen bemüht. Diese dienten einer von der Hauptabteilung Frauen beim DGB gestarteten Erhebung über die Belastungen der erwerbstätigen Frauen. Diese Erhebung hat gezeigt, daß die Frauen und Mütter durch ihre Arbeit einen erheblichen Prozentsatz zum Familieneinkommen beitragen. Bei 95 von 100 befragten Familien ist das Einkommen der Mutter 25 % bis 75 % des Familieneinkommens. In der Mehrzahl der Fälle war das Familieneinkommen zwischen 500 bis 800 DM. Es würde also eine erhebliche Minderung des Familieneinkommens bedeuten, wenn die Frau ihre Berufsarbeit aufgeben würde. Der gute Lebensstandard mancher Familien ist durch die Mitarbeit der Frau bedingt. Es hat sich gezeigt, daß viele Mütter ihre Erwerbstätigkeit gerne aufgeben würden, wenn der Mann ein entsprechendes Einkommen hätte.

Die doppelte Belastung der Frau durch Berufsarbeit und Hausarbeit übersteigt oft ihre körperlichen Kräfte. Es kommt zu Überanstrengungen, die oft zu Störungen des Familienlebens führen. Die Tatsache fordert Abhilfe durch geeignete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. U. a. sollte der Arbeitsschutz für die Frauen weiter ausgebaut werden.

Eines der Arbeitsschutzgesetze ist das Hausarbeitstagsgesetz. Im Bundestag besteht die Absicht, dieses Gesetz für Nordrhein-Westfalen erheblich zu verschlechtern. So, daß in Zukunft nur noch ein verschwindend kleiner Teil den Hausarbeitstag erhält. Das im Augenblick noch bestehende Gesetz gewährt den Frauen einen freien bezahlten Werktag, wenn sie wöchentlich durchschnittlich mindestens 40 Stunden arbeiten. Nach bisherigen Beschlüssen des Bundestagsausschusses für Arbeit und Familien- und Jugendfragen soll zukünftig nur noch die Frau mit eigenem Haushalt einen solchen Tag erhalten, wenn sie mindestens 40 Stunden in sechs Tagen in der Woche arbeitet oder wöchentlich mehr als 45 Stunden. Das ist echter Abbau. Der Ortsfrauenausschuß hat schon im Frühjahr eine EntschlieÙung weitergegeben, die gegen die beabsichtigte Verschlechterung protestiert. Als die Sache dringlicher wurde, hat der Frauenausschuß die Essener MdB eingeladen, und hier haben in einer sehr gut besuchten Veranstaltung die Frauen den Volksvertretern vor Augen geführt, was der Abbau des Hausarbeitstages für die doppelt belastete Frau bedeutet. Die Presse hat über die Veranstaltung berichtet. Eine weitere Versammlung, in der die Frauen gegen den Abbau protestierten, war von IG Holz über einen ihrer Betriebe, in denen etwa 120 Frauen arbeiten, abgehalten worden. Dem Frauensekretariat waren außerdem viele hundert Unterschriften unter Protestschreiben zur Weiterleitung zugestellt worden. In einer großen Kundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund wurden diese weitergegeben. Was heute den Frauen passiert, kann morgen auf einem anderen sozialen Gebiet den Männern passieren. Wir alle müssen wachsam sein.

Angestellten- und Beamtenarbeit

1. Angestellte

Das Angestelltensekretariat Rhein-Ruhr, mit dem Sitz in Essen, hat die Angestellten in Essen zu betreuen und den Teil der Angestelltenarbeit, welcher dem Deutschen Gewerkschaftsbund verantwortlich übergeben worden ist, auszuführen. Dieses geschieht für und in ausschließlicher Zusammenarbeit mit dem DGB-Angestelltenausschuß.

Der Angestelltenausschuß führt seine Sitzungen durch mit dem Ziel, die Ausschußmitglieder zu unterrichten, die Angestelltenarbeit mit den einzelnen Industriegewerkschaften zu koordinieren und eigene Veranstaltungen durchzuführen. Die Angestellten haben ihre Interessenwahrnehmung ausgerichtet nach der gewerkschaftlichen Seite, der Sozialpolitik und dem Arbeitsrecht, der Wirtschaftspolitik sowie der Berufsausbildung und Weiterbildung.

Bei der gewerkschaftlichen Aufgabenstellung sind in diesem Jahr der Bundesangestelltentag in Wiesbaden und der Landesangestelltentag für Nordrhein-Westfalen in Dortmund als besondere Erfolge zu nennen. Der Bundesangestelltentag hatte die Aufgabe, die „Stellung des Angestellten heute“ zu untersuchen. Die Referate und Berichterstattungen zur soziologischen Standortbestimmung der Angestellten in den entwickelten Industriegesellschaften fanden weitgehende Beachtung in der Öffentlichkeit. Die Angestellten werden auch ihre zukünftigen Bemühungen insbesondere unter dem Gesichtspunkt verstärken, daß die technische Entwicklung im Zuge der Automatisierung und Rationalisierung einschneidende berufs- und wirtschaftsstrukturelle Wandlungen mit sich bringt, deren Einflüsse in ganz besonderem Maße die Angestelltenschaft berühren.

Die Sozialpolitik für die Angestellten während der Berichtszeit war zunächst gekennzeichnet durch das Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 23. Februar 1957, dessen Neugestaltung notwendig war und in den Grundzügen auch befriedigend gelungen ist. Die umfangreiche Neufassung und die vollkommene Änderung der Rentenformel machten es notwendig, daß unsere Angestellten sich eingehend mit dem neuen Gesetz befaßten. In Arbeitsgemeinschaften, Versammlungen und einer besonderen Wochenendtagung wurde die Unterrichtung unserer Kolleginnen und Kollegen vorgenommen.

Das Jahr 1958 stand überwiegend im Zeichen der Sozialwahlen. Die Angestellten wählten zur Selbstverwaltung in allen größeren Angestellten-Ersatzkrankenkassen und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Zur Wahl der Vertreterversammlung in der Angestelltenversicherung konnten wir im Jahre 1958 rund 1400 Stimmen gewinnen, während die übrigen Organisationen gegenüber 1953 zum Teil erhebliche Stimmenverluste hatten.

Im letzten Jahr fand die beabsichtigte Neuregelung der Krankenversicherung die besondere Aufmerksamkeit des Angestelltenausschusses. Die unzumutbaren Benachteiligungen für die Angestellten wurden herausgearbeitet und in vollem Umfang

abgelehnt. — Wenn nunmehr die Selbstverwaltung in den Angestellten-Ersatzkrankenkassen angegriffen wird, welche die versicherten Angestellten allein ausführen, und das mit dem Vorhaben geschieht, die Arbeitgeber zu beteiligen, so werden die Angestellten dieses Recht mit allen Mitteln verteidigen.

Insgesamt sind fünf Versichertenälteste der BfA aus dem Bereich des DGB in Essen tätig. Diese wurden bei der letzten Selbstverwaltungswahl zur Sozialversicherung gewählt. Die Kollegen Buchmeier und Schoppe sind bereits in der zweiten Legislaturperiode tätig, während die Kollegen Karnath, Keitmann und Steinkopf 1958 gewählt worden sind. Unsere Angestellten machen von dieser Möglichkeit der Beratung und Information über Fragen zum Angestelltenversicherungsgesetz gern Gebrauch.

Mehr Aufmerksamkeit müssen die Angestellten der Wirtschaftspolitik zukommen lassen. Auch wenn die Gehaltspolitik im Spiegel der Preispolitik immer im Vordergrund stehen wird, so dürfen doch die wichtigen und umfangreichen Aufgaben der Arbeitnehmer in unserer Wirtschaft nicht zurückstehen. Hier trifft den Angestellten eine besondere Verantwortung, da ihm auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit und der genaueren Übersicht über die wirtschaftlichen Zusammenhänge eine weitgehende Gestaltung der Wirtschaftsprobleme obliegt. Der ständige Wandel von Wirtschaft und Technik sind für uns Verpflichtung, hier nicht nachlässig zu werden. In der Berufsausbildung ist nun auch eine bessere Übersicht geschaffen. Durch das Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 16. Dezember 1956 in Verbindung mit dem Gesetz über die Industrie- und Handelskammern im Lande Nordrhein-Westfalen vom 23. Juli 1957 wurde bei der Kammer ein Berufsausbildungsausschuß gebildet. Dieser Ausschuß befaßt sich mit Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsausbildung. Als Angestellte sind wir in diesem Berufsausbildungsausschuß angemessen vertreten. Wir werden unsere Kollegen in der erforderlichen Weise bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen.

Die Arbeit der Techniker war überwiegend gekennzeichnet durch die tarifliche Neugestaltung in ihrem Beruf. Im öffentlichen Dienst kam es durch den Abschluß eines eigenen Vertrages für die Techniker zu einem vorläufigen Erfolg.

Unsere Werkmeister waren auch im Berichtszeitraum mit ihrer Arbeit erfolgreich. Im Vordergrund stand während dieser Zeit die Ausbildung der Industriemeister, welche ausschließlich durch die Arbeitgeber erfolgt. Zur Durchführung von Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung und der Veranstaltung von Einzelvorträgen wurde durch die interessierten Unternehmen ein eingetragener Verein gegründet und unterhalten. In dem Ausschuß zur Ablegung der Industriemeisterprüfung bei der Industrie- und Handelskammer Essen sind wir inzwischen vertreten.

Unsere Wochenendtagungen für Angestellte, welche jeweils mit folgenden aktuellen Themen ausgefüllt waren:

- „Rationalisierung und Automation in Büro und Verwaltung“
- „Das neue Angestelltenversicherungsgesetz“

„Reform der Krankenversicherung — Existenzfrage der Angestellten-Ersatzkrankenkassen?“

„Der Angestellte in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft“

sind für die Angestellten in Essen zu einer festen Einrichtung geworden. An jeder Tagung haben zwischen 35 und 70 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen.

Mit der zunehmenden Zahl der Angestellten wächst auch ihre Bedeutung. Die Angestellten sind heute und in der Zukunft ein wichtiges Element in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Aus diesem Grunde bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin um ihre vertrauensvolle Mitarbeit bei allen Aufgaben im Sinne unserer Angestellten.

2. Beamte

Die Vertretung und Betreuung unserer Beamten erfolgte zunächst und in der wirksamsten Weise durch die Arbeit des Beamtenausschusses, in welchem die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Essen und Kettwig ihre Vertreter delegiert haben.

Der Vorsitzende des Ausschusses,

Kollege Horst Katzor,

legte im Mai 1959 den Vorsitz nieder. In der gleichen Sitzung wurde der

Kollege Eberhard Wolff

zum neuen Vorsitzenden des Beamtenausschusses gewählt.

Als erste Aufgabe ist die Zusammenfassung aller Fragen derjenigen Gewerkschaften zu sehen, in welchen Beamte organisiert sind. Der Beamtenausschuß hat einen ganz erheblichen Teil der Vorarbeiten geleistet, welche zur wirtschaftlichen Besserstellung der Beamten in den letzten Jahren erforderlich waren. Diese örtliche Arbeit war immer eine wirksame Hilfe zur Verwirklichung von berechtigten Ansprüchen, deren Durchsetzung nur über die Gesetzgebung des Bundes oder Landes möglich ist.

Neben dieser vorbereitenden Tätigkeit des Ausschusses wurden zur Unterrichtung der Kollegen eingehend das Bundesbesoldungsgesetz aus dem Jahre 1957 sowie das Landesbesoldungsrecht mit dem Besoldungs-Anpassungs-Gesetz vom 17. März 1959 in den Sitzungen besprochen. Auch das Personalvertretungsgesetz war oft Gegenstand der Beratungen im Ausschuß, wobei aber das Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen im Vordergrund stand, da dieses innerhalb des Berichtszeitraumes in Kraft trat. Weitere aktuelle Fragen fanden immer wieder das lebhafteste Interesse unserer Beamtenkollegen und wurde eingehend über diese diskutiert.

Eine Beamten-Wochenendtagung befaßte sich ausschließlich mit dem

„Beamtenpolitischen Programm des DGB“,

welches durch seine Öffentlichkeitswirkung entscheidend bei der rechtlichen und finanziellen Besserstellung der Beamten geholfen hat.

In diesem Jahr hat allein der DGB drei bedeutsame Kongresse und Veranstaltungen der Beamten durchgeführt. Wir delegierten mehrere Kolleginnen und Kollegen zur Beamtentagung des Landesbezirks für NRW in Dortmund, zum Beamtentag des DGB in Hannover und zu dem Landesbeamtentag des DGB-Landesbezirks NRW in Gelsenkirchen.

In den letzten drei Jahren nahmen mehrere Kollegen an Schulungskursen der Bundesschulen für Beamte teil. Die beamtenpolitischen Arbeitstagungen des Landesbezirks wurden von unseren Kolleginnen und Kollegen immer mit großem Interesse besucht.

Die seit vielen Jahren einberufenen Pressekonferenzen des Beamtenausschusses werden auch jetzt wieder durchgeführt. Hierdurch erfolgte eine notwendige Unterrichtung der Öffentlichkeit, für aktuelle Beamtenprobleme war eine bessere Wirkmöglichkeit und eine bessere Kontrolle über die Aufnahme unserer Anliegen gegeben. Alle eingeladenen Tageszeitungen haben über unsere Beamtenprobleme immer gut berichtet. Wir sehen hierin eine besonders geeignete Form, ein besseres Verständnis für die Anliegen der Beamten zu erreichen und darauf hinzuweisen, wie erfolgreich der DGB die Interessen der Beamten vertritt.

Die Wahrung des Berufsbeamtentums war für den DGB immer ein echtes Anliegen. In diesen Bemühungen, welche seit der Neugründung der Gewerkschaften erfolgreich durchgestanden worden sind, wird die Beamtenschaft des DGB auch für die Zukunft nicht untätig sein. Wir bejahen ein modernes Berufsbeamtentum, welches den Erfordernissen unserer heutigen Gesellschaft gerecht wird. Wir wollen den Beamten in diesen Staat und die Öffentlichkeit hineinstellen und folgen einem Wort Hans Böcklers, daß der Beamte nicht über oder unter, sondern mitten im Volk stehen müsse.


